



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 10.10.2012, 17:03 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Stadtentwicklungskonzept "Chancen für
Ludwigsburg"
- Zukunftskonferenz 2012**

Vorl.Nr. 410/12

Beratungsverlauf:

Herr **Fazekas** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) berichtet an Hand einer Präsentation (s. Anlage 1 zur Niederschrift) über den Stand der Vorbereitungen zur Zukunftskonferenz 2012. Er gibt einen Rückblick auf das Vorbereitungstreffen am 14.09.2012 und weist auf den zugehörigen Konferenzband hin. Weiter informiert er über den geplanten Ablauf und die Inhalte der Zukunftskonferenz.

Herr **Großmann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) stellt ergänzend die neue Beteiligungsplattform im Internet „meinLB.de“ vor. Unter der genannten Webadresse könnten engagierte Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Ideen und Projekte vorstellen und Mitstreiter hierfür suchen. Die Ideen könnten dann auch von anderen Mitgliedern der Plattform diskutiert und bewertet werden. Das Referat für Nachhaltige Stadtentwicklung beabsichtige ein Feedback zu den Projekten und unterstützt sie nach Möglichkeit. Die Webseite werde auch von einem Moderations-Team betreut, das bei Fragen oder Problemen helfen könne.

EBM **Seigfried** erinnert an die Übereinkunft aus dem Ältestenrat, auf Fraktionsstatements zu verzichten, um die inhaltliche Diskussion in der Zukunftskonferenz nicht vorwegzunehmen.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt**, ob die Arbeitsgruppen der vergangenen Jahre ihre Ergebnisse in der diesjährigen Zukunftskonferenz vorstellen könnten, erläutert Herr **Fazekas**, dass es neben den in den Zukunftskonferenzen gebildeten Arbeitsgruppen auch zahlreiche andere Initiativen und engagierte Bürgerinnen und Bürger gebe. Jedem von ihnen die Plattform zu bieten, sich und sein Projekt vorzustellen, sprengte den Rahmen der Veranstaltung. Stattdessen wolle man auf der Zukunftskonferenz über schriftliche Steckbriefe sowie über „meinLB.de“ allen ehrenamtlich tätigen Gruppierungen die Möglichkeit bieten, auf ihre Aktivitäten aufmerksam zu machen und Mitstreiter zu suchen.

Abweichender Beschluss:**1. Entwurfs- und Baubeschluss**

Die überarbeitete Planung der Arbeitsgemeinschaft Hein/Hüttel/Lindenberger und Rauschmaier Ingenieure vom 23.08.2012 ist Grundlage für die Umgestaltung der Haupt- und Lechtstraße sowie des Platzbereichs zwischen Rathaus und neuem Feuerwehrhaus.

In der überarbeiteten Planung sind gegenüber der Ausgangsplanung (Vorlage Nr. 203/12) folgende Bereiche zusätzlich enthalten:

- 1a) Der Bereich von der Pfarrstraße bis zum Südknoten wird in den Umgestaltungsbereich mit aufgenommen.
- 1b) Der Bereich der Robert-Markovac-Straße wird in die Platzgestaltung miteinbezogen.
- 1c) Der Platzbereich zwischen Rathaus und neuem Feuerwehrhaus wird *durch Verlegung des Kiesranzenbrunnens* mit einer Brunnenanlage ausgestattet.
- 1d) Dem Beleuchtungskonzept von Platz und Hauptstraße zuzüglich der Kirchturmbeleuchtung und der Akzentbeleuchtung der Quergassen wird zugestimmt.
- 1e) *Die Pflasterung im Bereich Haupt-/Lechtstraße entfällt.*

Die Gesamtkosten der Umgestaltung einschließlich der zusätzlichen Maßnahmen (Nr. 1a – 1d) werden in Höhe von 1.885.000,-- € (brutto) genehmigt.

2. Vergabe der Ingenieurleistungen

Die Ingenieurleistungen werden an die Arbeitsgemeinschaft des Büros Hein/Hüttel/Lindenberger, Ludwigsburg und Rauschmaier Ingenieure, Bietigheim vergeben. Grundlage des Auftrages ist das Honorarangebot vom 23.08.2012 sowie der noch abzuschließende Ingenieurvertrag.

Die **Vergabesumme der Ingenieurleistungen beträgt 150.000,-- €** einschließlich 19 % Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenes.

3. Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt wird ermächtigt, die Vergabe der Arbeiten vorzunehmen.

Bei Kostenüberschreitung wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % oder mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (Urlaub)
Stadtrat Striegel (Urlaub)
Stadträtin Schüßler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Kopp
Stadtrat Seybold

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** berichtet Bezug nehmend auf die Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt, der Spender des Kiesranzenbrunnens habe dessen Umsetzung zugestimmt, werde sich aber nicht an den Kosten beteiligen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt er Planungsüberlegungen zur Versetzung des Kiesranzenbrunnens dar (s. Anlage 1 zur Niederschrift). Durch diese Maßnahme könnten 45 000 € eingespart werden. Gleichzeitig stelle sich dann aber auch die Frage, wie man den bisherigen Standort künftig gestalten wolle und welche Kosten hierfür anfielen. Weiter bestätigt Herr Kurt, bei der Beleuchtung könnten weitere 20 000 € eingespart werden.

Stadtrat **Noz** erachtet 3 Brunnen als zu viel für Neckarweihingen und hält die von Herrn Kurt vorgestellten Überlegungen für eine Umsetzung des Kiesranzenbrunnens für grundsätzlich nachvollziehbar. Was die Pflasterung anbelange, so bedauert er, dass es für weitergehende Kostenreduzierungen als die im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschlossene Ergänzung der Ziffer 1e leider keine Mehrheit gebe. Weiter erkundigt er sich, welches Ergebnis die nochmalige Überprüfung der Zusammenlegung der Bushaltestellen gehabt habe. Insgesamt könne seine Fraktion der Vorl. Nr. 361/12 unter Berücksichtigung der heute vorgestellten Brunnenverlegung zustimmen.

Auch Stadtrat **Juranek** beurteilt die Planung insgesamt als gut gelungen. Wenn bei der Beleuchtung weitere 20 000 € eingespart werden könnten, freue ihn dies besonders. Was die Frage der Bushaltestelle anbelange, so sehe er deren Größe und Lage im Kreuzungsbereich ebenfalls kritisch. Es stelle sich die Frage, ob der Platz für eine solche Lösung tatsächlich ausreichend sei. Zudem erkundigt sich Stadtrat **Juranek** nochmals detailliert nach den Einsparungen, die durch eine Umsetzung des Kiesranzenbrunnens zu erzielen seien.

Herr **Kurt** beantwortet diese Frage direkt. Von den ursprünglich für einen Brunnen eingeplanten 70 000 € würden noch 25 000 € für eine Umsetzung benötigt. Diese Zahl beinhalte bereits die Kosten für Wand und Sitzbank.

Stadträtin **Schneller** fordert ebenfalls dazu auf, die Planung der Bushaltestelle nochmals zu überdenken. Der Platz sei aus ihrer Sicht gewiss nicht ausreichend. Ansonsten freue sie sich über die vorgestellten Planungen, die einen wichtigen Beitrag zur positiven Weiterentwicklung der Ortsmitte leisteten. Auch der Verlegung des Brunnens könne sie zustimmen. Sie gehe sogar davon

aus, dass dieser am neuen Standort eine größere Aufmerksamkeit erhalten werde.

Stadtrat **Gericke** sieht eine gewisse Schwierigkeit in einer Entscheidung am heutigen Tage, da man nicht wisse, wie es mit dem alten Brunnenstandort weitergehe. Allerdings sei es für Neckarweihingen ein weiteres Vorankommen wichtig und seine Fraktion wolle daher unter Berücksichtigung der heute vorgestellten Änderungen ihre Zustimmung zur Vorl. Nr. 361/12 signalisieren. Er erinnert abschließend an die Aussage von Herrn Bäuerle (LVL), der zwar die Bushaltestelle an sich für gut darstellbar gehalten, jedoch die Fußgängerquerung als gewisses Problem gesehen habe. Diese Frage müsse man nochmals beleuchten.

Stadtrat **Haag** lobt insgesamt die hervorragende Planung, die auch in Abstimmung mit den Bürgern entstanden sei. Er erkundigt sich nach der Einschätzung des Architekten, ob sich die Figur des Kiesranzenbrunnens in das Gestaltungskonzept des neuen Platzes einfügen lasse. Was die Probleme mit der Bushaltestelle anbelange, so seien diese bereits angesprochen und er hoffe, dass sich hierfür auch eine Lösung finde. Ansonsten stimme seine Fraktion der Vorlage mit den vorgestellten Änderungen zu.

Stadträtin **Burkhardt** spricht auch für Stadtrat Hillenbrand. Sie freut sich insbesondere darüber, dass die Anregungen aus der Bürgerversammlung Eingang in die Planungen gefunden hätten und hofft, dass die Umgestaltung des Ortskerns Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität erhöhe und dem Ladensterben entgegenwirke. Einziger Wermutstropfen sei, dass der Gehweg an einigen Stellen schmaler als 1,50m ausfallen werde. Sie regt an, den alten Brunnenstandort als Baumstandort vorzusehen.

Stadträtin **Schneller** greift diesen Vorschlag auf und erklärt, die FW-Fraktion sei gerne bereit, für diesen Standort eine Linde zu stiften.

Auf Nachfrage von OBM **Spec** erklärt Stadträtin **Burkhardt**, auch der BUND werde sicher gerne eine Linde stiften.

Herr **Kurt** beantwortet die Fragen des Gremiums. Insbesondere betont er, dass der Architekt des Platzes, Herr Lindenberger, eine Einbindung des Kiesranzenbrunnens in seine Planungen für machbar halte. Weiter sagt er zu, die Bedenken hinsichtlich der Zusammenlegung der Bushaltestellen, die von der LVL bereits befürwortet sei, nochmals mit ins weitere Verfahren zu nehmen.

OBM **Spec** lässt unter Berücksichtigung der Umsetzung des Kiesranzenbrunnens über den abweichenden Beschluss des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 13.09.2012 abstimmen.

Abweichender Beschluss:

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4 zur Vorl. Nr. 407/12) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 zur Vorl. Nr. 407/12 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplanentwurf „Sonnenberg Nord“ Nr. 056/07 vom 21.09.2012/10.10.2012 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften vom 21.09.2012 und der Begründung mit Datum vom 21.09.2012/10.10.2012, beschlossen.
- III. Dem Durchführungsvertrag (Anlage 6 zur Vorl. Nr. 407/12), dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 5 – 5.5 zur Vorl. Nr. 407/12) und der weiteren Bearbeitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird zugestimmt. Aufgrund der Änderungen von II. wird der Durchführungsvertrag angepasst.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (Urlaub)
Stadtrat Striegel (Urlaub)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Dr. Bohn
Stadtrat Kromer
Stadtrat Meyer

Ja 31 Nein 3 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** erinnert an die Zusage der Verwaltung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 04.10.2012, die Möglichkeiten zur Herstellung von öffentlichen Stellplätzen auf den vier Stellplatzflächen, die keiner Wohneinheit zugeordnet seien, zu prüfen. Dies sei machbar.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) legt einen entsprechend geänderten Bebauungsplanentwurf auf (Anlage 2 zur Niederschrift).

OBM **Spec** stellt die Vorl. Nr. 407/12 unter Berücksichtigung dieser Änderungen zur Abstimmung.

TOP 4

Grundschulcampus - Baumaßnahme Gartenstraße 14

Vorl.Nr. 386/12

- Entwurfsbeschluss

- Folgekostenberechnung

Beschluss:

- 1.) Der Gemeinderat beschließt den Entwurf der Ganztageseinrichtung mit Mensa und Bewegungsraum an der Gartenstraße 14 mit Baukosten in Höhe von 3,86 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (KG 200, 300, 400 und 700) auf Grundlage der Kostenberechnung vom 30.08.2012.
- 2.) Der Vergabe der weiterführenden Planungsstufen an die beauftragten Planungsbüros mit Anpassung der Honorare auf der Grundlage der vorliegenden Kostenberechnung vom 30.08.2012 (gemäß der aktuellen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (Urlaub)
Stadtrat Striegel (Urlaub)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)

Ja 22 Nein 8 Enthaltung 8

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** macht einleitend auf die unterschiedlichen Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt und des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales aufmerksam.

Herr Dr. **Dippel** berichtet an Hand einer Präsentation (s. Anlage 4 zum Protokoll) über die Fortschreibung des Energiekonzepts für die Gartenstraße 14. Er gibt einen Rückblick auf die Historie und geht dabei insbesondere auf die Grundlagen des Energiekonzeptes und die an seiner Erstellung Beteiligten ein. Weiter stellt er die Schwerpunkte des für die Gartenstraße 14 geplanten Maßnahmenkatalogs vor und erläutert, weshalb sich gerade dieses Objekt für eine Beantragung von Fördermitteln aus dem EU-Programm CEC5 anbiete.

OBM **Spec** erachtet es als vernünftig, einen energetischen Standard, der in absehbarer Zeit ohnehin verbindlich werde, bereits heute umzusetzen, solange es hierfür noch Fördermittel gebe. Heute am energetischen Standard zu sparen und in 8 bis 10 Jahren dann nachbessern zu müssen, mache wenig Sinn. Insofern hoffe er, dass keine scheinbaren Einsparungen ins Auge gefasst würden, die letztendlich zu Lasten der Qualität und der Nachhaltigkeit gingen.

Anschließend beantwortet Herr **Dippel** Fragen des Gremiums zur Sinnhaftigkeit des Einsatzes von Gas für die Essenszubereitung und den daraus resultierenden Auswirkungen auf den Primärenergiebedarf, zum Thema Photovoltaik und zum Lüftungsverhalten des Gebäudes nach der Sanierung. Die Frage nach dem Anteil des Eigenstroms, der im Haus verbraucht werde, kann nicht direkt beantwortet werden. Herr Dippel sagt zu, die Antwort nachzureichen.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert auf Nachfragen aus dem Gremium, dass die unter der Ziffer 2 der Vorl. Nr. 414/12 genannten Maßnahmen theoretisch gestrichen werden könnten, ohne dass hierdurch die Förderfähigkeit insgesamt in Gefahr gerate. Allerdings müsse berücksichtigt werden, dass eine Umsetzung der unter Ziffer 2 genannten Maßnahmen zwar jetzt höhere Kosten verursache, jedoch die Aufwendungen für die Bauunterhaltung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten reduziere.

Stadträtin **Schneller** begründet den Antrag ihrer Fraktion, Vorl. Nr. 437/12 und ergänzt, dass die FW-Fraktion es sich je nach Verlauf der heutigen Diskussion vorbehalten werde, einen Antrag auf Zurückverweisung der Beratung an die gemeinderätlichen Ausschüsse zu stellen. Man habe allen Grund, das ganze Projekt nochmals ausführlich zu beleuchten und zu beraten. Grund hierfür sei insbesondere die dramatische Kostenentwicklung. Sie könne sich deshalb einen Stopp gut vorstellen, um die gewählte Vorgehensweise grundlegend zu überdenken. Man müsse einfach mehr Zeit für derartige Projekte einplanen. Vor allem müsse man sich auch fragen, ob es sinnvoll sei, aus einem Zweckbau ein Hightechgebäude machen zu wollen. Allein die vorgeschlagene technische Ausstattung werde rund 700 000 € kosten. Auch wenn man hierfür Zuschüsse von der EU erhalte, müsse man bedenken, dass es sich hierbei auch um Steuergeld handle. Ihre Fraktion wolle in jedem Fall kein Prestige-Objekt. Statt alle Finanzmittel in ein solches Objekt zu stecken, von dem vergleichsweise Wenige profitierten, sei es sinnvoller, mit der gleichen Summe etwas mehr für eine größere Anzahl Nutznießer zu tun. Aus diesem Grund habe ihre Fraktion beantragt, zusätzlich zu den von der Verwaltung aufgelisteten Kostenreduzierungsoptionen einen Teil der Gebäudegrundfläche der Mensa einzusparen und zudem die Raumhöhen für Mensa und Bewegungsraum zu reduzieren. Mit Verweis auf den vorliegenden Antrag erläutert sie die Hintergründe für diese Vorschläge. Anschließend appelliert sie an das Gremium, dass dieses sich nochmals Zeit nehmen solle, den einen oder anderen Punkt bzw. Einsparvorschlag zu überdenken. Damit man in künftigen Fällen nicht wieder eine ähnliche Diskussion führen müsse, wolle sie abschließend in diesem Zusammenhang einen interfraktionellen Antrag zur Beauftragung eines Hochbaucontrollers, Vorl. Nr. 440/12, formell einbringen.

OBM **Spec** erklärt, es sei Ziel der Verwaltung, die Zukunft Wege zu finden, um zu einem Zeitpunkt, in dem noch konzeptionell nachgesteuert werden könne, zu Ergebnissen aus der

Feinplanung zu gelangen. Aus diesem Grund habe man unter anderem die Haushaltsstrukturkommission wieder aufleben lassen. Dort solle auch die Vorarbeit für die gemeinderätlichen Gremien in dem Sinne geleistet werden, dass man bei Kostensteigerungen sehr frühzeitig den konzeptionellen Ansatz nochmals überdenken könne. Für die Zukunft sei diese Weichenstellung wichtig und man müsse auch die Kapazitäten des Fachbereichs so aufstellen, dass man frühzeitig voraus- und bei unvorhergesehenen Entwicklungen ohne Druck umplanen könne. Den Vorwurf seiner Vorrednerin, es handle sich beim heute zu beschließenden Objekt um einen Prestigebau, müsse er zurückweisen. Er führt aus, dass die Energiewende nur bei einem frühzeitigen und massiven Einstieg in die Themen regenerative Energien und Senkung des Energieverbrauchs zu schaffen sei. Neubauten und Renovierungen müssten aus diesem Grund bereits heute so durchgeführt werden, dass man für künftige Entwicklungen gut aufgestellt sei. Zudem müsse die Stadt als Vorbild für private Bauherren mit gutem Beispiel vorangehen.

EBM **Seigfried** nimmt zu den Möglichkeiten einer Reduzierung des Raumprogramms Stellung. Ab dem kommenden Frühjahr würden am Standort 464 Schüler betreut und auf Basis der Schulentwicklungsplanung könne man vorhersehen, dass sich diese Zahl bis mindestens 2030 nicht verringern werde. Insgesamt rechne Konsequenz rechne man als Perspektive mit 400 bis 470 Teilnehmern am Mittagessen, die man in einer zeitgemäßen Mensa abwickeln müsse und wolle. Bei kompakter Bestuhlung könne man mit dem jetzigen Raumprogramm im Zweischicht-Betrieb 300 Kinder verköstigen, daneben könne man nach dem gleichen Prinzip rund 140 Kinder in der vorhandenen provisorischen Mensa versorgen. Der Berechnung von Stadträtin Schneller hingegen läge nur der Ist-Stand der Schülerzahlen zu Grunde, die sich bereits abzeichnende weitere Entwicklung werde jedoch nicht berücksichtigen. Wenn man sich heute jedoch zu einer Baumaßnahme entschlüsse, so wolle man auf die nächsten 30 bis 50 Jahre eine Versorgung mit hygienischem Essen sicherstellen. Zudem sei zu berücksichtigen, dass im Mehrzweckraum neben dem Mittagessen auch die Frühbetreuung, verschiedene AGs und die Spätbetreuung abgewickelt würden. Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit spreche er sich somit gegen eine Reduzierung des Raumprogramms aus.

Nach kurzen Kontroversen im Gremium über die Redeordnung sprechen wie vom Vorsitzenden beabsichtigt nach Antragsbegründung und Stellungnahme der Verwaltung die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer zahlenmäßigen Stärke.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) beantwortet Detailfragen zum Thema Raumhöhe. Insbesondere geht sie auf die Richtlinien für Gymnastik- und Sporthallen, auf die aktuellen Anforderungen hinsichtlich der Barrierefreiheit und die hieraus resultierenden Auswirkungen auf die Raumhöhen in der Entwurfsplanung ein. Diese könnten in der weiteren Werkplanung durch die Verminderung der Deckenhöhen gegebenenfalls reduziert werden, allerdings stehe dies in direktem Zusammenhang mit dem Tragwerk. Vor einer genauen Tragwerksplanung sei dies schwierig zu beurteilen.

Stadtrat **Herrmann** moniert, dass es trotz mehrfacher Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales und obwohl man bereits im Dezember 2011 nach neuesten energetischen Standards geplant habe, in der Zwischenzeit erneut zu Kostenerhöhungen gekommen sei. Dass nun mit der Vorl. Nr. 414/12 eine Auflistung möglicher Einsparpotentiale vorgelegt worden sei, sei positiv. Dabei sei es durchaus legitim von der Verwaltung, diese zwar zu benennen, aber ihre Umsetzung nicht zu empfehlen. Die CDU-Fraktion könne lediglich die in Ziffer 2 genannten Vorschläge mittragen, da diese zu realisieren seien, ohne dass man Zuschüsse in Gefahr bringe. Die Räume seien weiter nutzbar und funktionsgerecht. Nicht unterstützen werde seine Fraktion aus den gleichen Gründen die in der Ziffer 1 genannten Punkte ablehnen. Was den Antrag der FW-Fraktion anbelange, so müsse man einräumen, dass dieser künftige Entwicklungen, die heute vielleicht noch nicht völlig überschaubar seien, außer acht lasse. Wenn Stuttgart beispielsweise die Vorgabe zum Einstieg in den gebundenen Ganztags mache, erhöhe sich in der Zukunft die Nachfrage nach Mittagessensangeboten und man benötige eine entsprechende Kapazität in der Mensa. Die Frage der Raumhöhe hingegen könne er auf die Schnelle nicht beurteilen. Aus diesen Gründen müsse er den Antrag in der vorliegenden Form

ablehnen, auch wenn er dessen Intention und die aufgeworfenen Fragen grundsätzlich nachvollziehen könne. Für die Zukunft müssten die entsprechenden Beratungen frühzeitiger und gründlicher erfolgen. Dem interfraktionellen Antrag mit der Forderung nach einem Hochbaucontroller habe sich seine Fraktion nicht angeschlossen, sie fordere aber sehr wohl ein, dass für jedes Großprojekt in der Zukunft ein externer Berater aufliste, was Pflicht sei und was eine Empfehlung, die entweder umgesetzt werden müsse oder nicht. Zusammenfassen werde seine Fraktion den Einsparmöglichkeiten in Ziffer 2 der Vorl. Nr. 414/12 zustimmen, die Haltung zum Antrag der FW-Fraktion sei hingegen uneinheitlich. Verbinden wolle er die Beschlussfassung am heutigen Tage mit der Aufforderung an die Verwaltung, die Kosten wie heute besprochen „im Griff zu behalten“ und es nicht zu weiteren Kostensteigerungen kommen zu lassen.

Stadtrat Dr. **Bohn** will heute nicht auf Details eingehen, die in den Ausschüssen ausreichend besprochen worden seien. Auf den Nenner gebracht sei mit diesem Projekt der „Karren bereits an die Wand gefahren“. Er wirft dem FB Hochbau und Gebäudewirtschaft vor, dieser habe zu spät die Kommunikation mit dem Gemeinderat gesucht und dieser habe nun keine Gelegenheit mehr gehabt, Standort und Konzeption grundlegend zu überdenken. Für die Zukunft fordere er nachdrücklich mehr Akzeptanz und Respekt gegenüber dem gewählten und letztendlich verantwortlichen Gemeinderat ein. Dann komme sicher auch mehr Akzeptanz und Respekt wieder zurück. Heute stehe man entweder vor der Wahl, den Schulentwicklungsplan zu stoppen oder im Interesse einer bisher positiven Entwicklung und einer Festigung des Schulstandorts trotz Mehrkosten weiterzumachen. Beides sei eigentlich nicht akzeptabel und auf Grund der unterschiedlichen Gewichtung werde seine Fraktion auch uneinheitlich abstimmen. Hinsichtlich der Ziffer 2 der Einsparoptionen und der Forderung nach weiteren Einsparmöglichkeiten könne sich die SPD-Fraktion seinem Vorredner anschließen. Allerdings dürften bei diesen Bemühungen weder die heutige noch die künftige Funktionalität des Campus beeinträchtigt werden. Was den Antrag der FW-Fraktion anbelange, so sei eine Verkleinerung der Mensa nach den Ausführungen von EBM Seigfried wohl nicht sehr zielführend. Anders verhalte es sich bei dem in Ziffer 1 der Vorl. Nr. 414/12 genannten Passivhaus-Standard. Hier sei die Frage noch nicht beantwortet, ob die Passivbauweise überhaupt sinnvoll oder lediglich eine Prestigesache sei. Er fordere vor der Vorstellung eines neuen Passivhausprojekts eine grundsätzliche Debatte über diese Frage, über den Stand der Entwicklungen, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Auswirkungen auf die Nutzer von Kindergärten und Schulen. Eine Zurückweisung in die Ausschüsse lehne seine Fraktion ab, da bereits alle Argumente zu Raumprogramm und Bau ausgetauscht seien. Allerdings stelle auch er die heutige Beschlussfassung unter den Vorbehalt, dass im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt noch ein Bericht über weitere Einsparmöglichkeiten im Ausbaustandard erfolge.

OBM **Spec** begrüßt den Wunsch nach einer grundlegenden Diskussion der Passivhaus-Thematik. Er stellt darüber hinaus eine Besichtigungsfahrt zu vergleichbaren Einrichtungen, die bereits im Passivhaus-Standard errichtet worden seien, in Aussicht.

Stadtrat **Gericke** äußert sich verwundert über die Detailversessenheit des Gemeinderats in dessen Beratungen. Obwohl er als Laie einige Kenntnisse über Energiefragen habe, müsse und wolle er den Fachleuten die weiteren Schritte überlassen. Es sei bedauerliche, auf welchem Niveau der Vertrauensbasis man angekommen sei. Selbstverständlich erwarte er auch in der weiteren Fachplanung Erfolgsmeldungen, wo noch Einsparmöglichkeiten gegeben seien, allerdings müsse auch hier der Fachmann bzw. der Architekt entscheiden, ob diese tatsächlich umsetzbar seien. Statt auf diese Fach- und Detailfragen müsse man sich im Gemeinderat und in den Ausschüssen auf das große und ganze konzentrieren. Aus seiner Sicht habe die Verwaltung nachvollziehbar dargelegt, warum die Mensa nicht verkleinert werden könne und auch die Zusage einer nochmaligen Überprüfung der Raumhöhen finde seine Zustimmung. Was die Einsparoptionen anbelange, so habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die unter Ziffer 2 genannten Punkte intensiv diskutiert und erhoffe sich von der Verwaltung, dass diese noch differenzierter darlege, welche Einsparungen gegebenenfalls welche Folgekosten oder welche Nutzungseinschränkungen nach sich zögen. Maximal könnten aus Sicht seiner Fraktion die unter KG 300 genannten Punkte zur Diskussion stehen, nicht jedoch die unter KG 400. Zur Forderung nach einem Controller führt

er aus, seine Fraktion habe sich dieser aus ähnlichen Gründen wie von der CDU-Fraktion dargelegt ebenfalls nicht angeschlossen. Sinnvoller sei es, entsprechende Personalkapazitäten für den FB Hochbau und Gebäudewirtschaft zu beantragen, damit dieser in der Lage sei, frühzeitiger verlässlichere Kostenberechnungen auszustellen und sich um eine sicherere Datenbasis zu kümmern. Zum Vollzug dieser Veränderungen sehe er keine Alternative und er sehe sie auch als heute verbindlich zugesagt. Sodann spricht er die von OBM Spec genannten Klimaschutzziele an und erkundigt sich nach weiteren Schritten nach 2019, insbesondere nach dem Energie-Plus-Standard. Abschließend weist er auf den allgemeinen Sanierungsstau bei Schulen hin und ruft dazu auf, dass beim notwendigen Nachholen auch eine zukunftsfähige Schullandschaft aufgebaut werde. Auf dem engen Schulcampus sei hierfür eine Schließung der Baulücke alternativlos. Gleiches gelte für die Mensa. Nach heutigem Stand sei die Antragstellung der FW-Fraktion nachvollziehbar, für künftige Entwicklungen sei man damit jedoch nicht gut gewappnet. Abschließend verweist er darauf, dass die EU die energetische Vorreiterrolle mit knapp 200 000 € fördere. Diese Fördermittel nicht in Anspruch zu nehmen, sei ebenfalls keine Alternative.

Stadtrat **Haag** sieht die Ursache der heutigen kontroversen Diskussion in der kritischen Kostenentwicklung. Wenn diese von seinem Vorredner als normal abgetan werde, könne er dies nicht nachvollziehen. Man sei von 1,8 Mio. € über 2,15 Mio. € nunmehr bei 3,85 Mio. € angekommen und die Ursachen hierfür lagen nicht in einer Veränderung der Anforderungen an Ausstattung und energetischen Standard begründet. Vielmehr müsse er klar sagen, dass vieles nicht so gelaufen sei, wie es dies bei der ordnungsgemäßen Vorbereitung einer Baumaßnahme hätte tun müssen. Wären die grundlegenden Untersuchungen korrekt durchgeführt worden, hätte man aus seiner Sicht die Kostenproblematik auch rechtzeitig erkennen und gegensteuern können. Die Frage des energetischen Standards hingegen mache in der Gesamtschau rein fiskalisch betrachtet keinen großen Unterschied. Der Unterschied von rund 200 000 € sei gemessen an 3,85 Mio. € vergleichsweise gering und verstelle nur die Sicht auf das zuvor angesprochene Hauptproblem, nämlich die Versäumnisse im Planungszeitraum. Vor allem die Schwierigkeiten durch die Grenzbauweise und den problematischen Untergrund hätten durchaus deutlich früher erkannt werden können. Sodann kommt er auf die Vorl. Nr. 414/12 zu sprechen. Er verstehe nicht, dass versucht werde, den Verzicht auf die dort aufgeführten Einsparoptionen so „durchzudrücken“, denn er sehe noch großen Erläuterungsbedarf zu einzelnen Punkten. Die FDP-Fraktion schlage daher vor, heute keinen Beschluss zu fassen und beantrage, die Beratung an die gemeinderätlichen Ausschüsse und insbesondere den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zurückzuverweisen. Abschließend betont er, dass seine Fraktion trotz des erläuterten vertieften Diskussionsbedarfs grundsätzlich mit den Einsparoptionen einverstanden sei. Lediglich über eine Verkleinerung der Mensa seien sich die Mitglieder seiner Fraktion uneinig.

Stadträtin **Burkhardt** resümiert, wenn es heute und schon im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt heftige Diskussion um Kosteneinsparungen gegeben habe, müsse klar festgehalten werden, dass der Bau des Gebäudes an sich nie in Frage gestellt worden sei. Eine Frage, die man sich jedoch stellen müsse, sei, ob die notwendige Mensa mit Bewegungsraum angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen das geeignete Objekt für einen kostspieligen Passivhaus-Standard sei. Die zweite offene Frage sei, warum in der Vorl. Nr. 386/12 eine Volumenvergrößerung für Mensa und Bewegungsraum vorgeschlagen werde, die über die Schulbaurichtlinien hinausgehe. Zum einen sei die von der Verwaltung angeführte Steigerung der Schülerzahlen eine reine Prognose, zum anderen könne der Mittagessensbetrieb auch anders und ohne zusätzlichen Platzbedarf organisiert werden. Grundsätzlich schienen ihr und Stadtrat Hillenbrand die Einsparvorschläge der FW-Fraktion sinnvoller als jene der Verwaltung, da durch erstere im gleichen Zuge auch die Kosten der Baugrube reduziert und die Freiraum- bzw. Hoffläche vergrößert werde. Bevor eine Entscheidung über die Kosten getroffen werde, müssten auf jeden Fall zunächst die Einsparvorschläge der FW-Fraktion monetär beziffert werden und die Verwaltung müsse einen vernünftigen Vorschlag vorlegen, welche Einsparungen sinnvoll empfohlen werden könnten. Insofern schlage sie vor, heute nicht den grundsätzlichen Entwurfsbeschluss, sondern lediglich den Beschluss über die Kosten zu verschieben. Auch dem generellen Vertragsantrag der FDP-Fraktion könne sie hilfsweise zustimmen.

Stadträtin **Lange** will die von der Verwaltung aufgelisteten Einsparoptionen nicht einfach zur Kenntnis nehmen und dann zur Tagesordnung übergehen. Selbst wenn man diese umsetze, werde nicht wirklich und merklich gespart. Ihrer Meinung nach werde zu wenig an einen schulischen Zweckbau und viel zu sehr an hochwertiges und nachhaltiges energetisches Bauen gedacht. Positiver sehe sie hingegen den Antrag der FW-Fraktion und werde diesem daher auch zustimmen.

Stadtrat **Griesmaier** nimmt auf die Wortmeldung von Stadträtin Burkhardt Bezug und gibt zu bedenken, dass es für eine ausreichende Größe einer Mensa keinerlei Erfahrungswerte gebe. Auf Grundlage seiner eigenen pädagogischen Erfahrung ziehe er in Zweifel, dass 200 Kinder unterschiedlichster Altersstufen gemeinsam in einem Raum Essen könnten. Hingegen seien bei einer guten Organisation mehr als 2 Essenschichten pro Mittagspause abbildbar. Ziehe man dies in Betracht, sei der Antrag der FW-Fraktion nachvollziehbar und 120m² seien durchaus ausreichend.

Stadträtin **Schneller** schließt sich nach dem Verlauf der Diskussion dem Antrag der FDP-Fraktion an. An Stadtrat Herrmann gewandt räumt sie ein, dass man sich selbstverständlich für künftige Entwicklungen aufstellen müsse. Allerdings müssten diese realistisch abgeschätzt werden. Genauso wenig, wie man es sich leisten könne, davon auszugehen, dass alle Kinder unter 3 Jahren einen Betreuungsplatz in Anspruch nähmen, könne man davon ausgehen, dass künftig alle 470 Kinder am Mittagessen teilnähmen. Was den energetischen Standard anbelange, betont sie, dass weder ein Energieplus- noch ein Nullenergiestandard jemals erreichbar sein werde, da in Mensa und Bewegungsraum zu viele technische Geräte benötigt würden, die stets Energie verbrauchten.

OBM **Spec** wendet sich gegen überzogene Kritik an den Mitarbeitern des FB Hochbau und Gebäudewirtschaft. Zum einen verweist er nochmals auf die besonderen Herausforderungen des Standorts, zum anderen auf den derzeitigen Boom der Baubranche. Beides trage seinen Teil zu den Kostensteigerungen bei. Wenn Planungen frühzeitiger vorgelegt und in einem früheren Stadium detaillierter ausgearbeitet werden sollten, müsse man zudem im Gegenzug bereit sein, den Fachbereich mit dem notwendigen zusätzlichen Personal auszustatten.

Stadtrat **Gericke** greift diesen Hinweis auf und erklärt nochmals, er sei gerne bereit eine Personalaufstockung in diesem Bereich zu unterstützen. Auch dem Vorschlag, heute einen Grundsatzbeschluss zu fassen und im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im Rahmen der Ausschreibung nochmals Einsparmöglichkeiten zu beraten, könne er positives abgewinnen.

Stadtrat **Juraneck** kann sich diesem Vorschlag anschließen. Im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt könne nicht wieder von Grund auf diskutiert werden und es gebe ohnehin keine Alternative zum Standort. Insofern könne heute der Entwurfsbeschluss gefasst werden. Die Diskussion über Einsparungen könne man hingegen in den Ausschuss verweisen.

Stadtrat **Kirnbauer** moniert, die Baumaßnahme Gartenstraße entspreche nicht den Ansprüchen an Generationengerechtigkeit. Hier keine Einsparungen am Standort zu akzeptieren, während verschiedene Turnhallen und das BZW dringend saniert werden müssten, sei weder sinnvoll noch gerecht. Was die Personalfrage angehe, so könnten Teile der Aufgaben auch extern vergeben werden oder man könne durch frühzeitige Absprache mit dem Gemeinderat die vorhandenen Ressourcen sinnvoller nutzen.

Stadtrat **Herrmann** spricht sich gegen eine Verweisung an die gemeinderätlichen Ausschüsse aus. Die Einsparvorschläge seien ausgetauscht und bereits zur Abstimmung.

Zunächst wird über den Antrag der FDP-Fraktion, die Beratung an den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zurückzuverweisen, abgestimmt.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (Urlaub)
Stadtrat Striegel (Urlaub)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Kromer

Sodann wird auf Vorschlag verschiedener Fraktionen über die unter Ziffer 2 der Vorl. Nr. 414/12 genannten Einsparoptionen beschlossen.

Diese Kosteneinsparoptionen werden mit 13 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (Urlaub)
Stadtrat Striegel (Urlaub)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)

Auf eine Beschlussfassung über die unter Ziffer 1 der Vorl. Nr. 414/12 genannten Einsparoptionen wird verzichtet. Diese Einsparmöglichkeiten wurden vom Gremium in der Aussprache einmütig abgelehnt.

Anschließend wird über den Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 437/12, abgestimmt.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (Urlaub)
Stadtrat Striegel (Urlaub)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)

Abschließend lässt OBM Spec über die Verwaltungsvorlage Nr. 386/12 Beschluss fassen. Vor Eintritt ins Abstimmungsverfahren sagt OBM Spec zu, sofern sich im Detailplanungsverfahren noch Spielräume für eine Kostenreduzierung zeigten, werde man diese auch realisieren.

TOP 4.1 **Grundschulcampus - Baumaßnahme Gartenstraße 14** **Vorl.Nr. 421/12**
- Entwurfsbeschluss
- Folgekostenberechnung
- abweichender Beschluss zu Vorlage Nr. 386/12

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschluss:

1. Die Grundfläche der Mensa wird auf höchstens 120 m² verkleinert.
2. Die Raumhöhen von Bewegungsraum und Mensa werden auf die im Raumprogramm geforderten Höhen reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (Urlaub)
Stadtrat Striegel (Urlaub)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)

Ja 14 Nein 21 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschluss:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am

Sonntag, 17.03.2013 anlässlich des „Märzklopfens“ (Ludwigsburg-Innenstadt)

Sonntag, 05.05.2013 anlässlich der „eMotionen“ (Ludwigsburg-Innenstadt)

Sonntag, 13.10.2013 anlässlich des „Kastanienbeutelfestes“ (Ludwigsburg-Innenstadt)

Sonntag, 16.06.2013 anlässlich des „Kiesranzenfestes“ in Neckarweihingen

Sonntag, 07.04.2013 anlässlich der Saisoneroöffnung der „Oldtimer-Sternfahrt“ (LB-Nord u. Monrepos)

Sonntag, 20.10.2013 anlässlich des Saisonabschlusses der „Oldtimer-Sternfahrt“ (LB-Nord u. Monrepos)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (Urlaub)
 Stadtrat Striegel (Urlaub)
 Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
 Stadtrat Dr. Bohn
 Stadtrat Meyer
 Stadtrat Kromer

Ja 33 Nein 2 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 379/12 zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Vorsitzender und Gremium halten nach der Beschlussfassung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 04.10.2012 eine erneute Beschlussfassung im Gemeinderat einmütig für nicht erforderlich.

Auf Abstimmung wird daher verzichtet.

Beschluss:

Gemäß den Bedingungen für die Bildung von Stadtteilausschüssen vom 17.01.1997 wird auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.09.2012

Herr Ulrich Bauer, Lichtäcker 21, 71634 Ludwigsburg

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Eglosheim berufen. Das bisherige Mitglied Frau Silvia Schäuble scheidet aus dem Stadtteilausschuss aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (Urlaub)
 Stadtrat Striegel (Urlaub)
 Stadträtin Schüßler (dienstl. verhindert)
 Stadtrat Meyer
 Stadtrat Kromer
 Stadträtin Schneller

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 395/12 abstimmen.